

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Wenigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die halbjährlichen Nonpareilhefte oder deren Raum mit 50 Pfg., die Restzeit mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Mäurerische Buchdruckerei in Nastätten. Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 92 Nastätten, Samstag, den 6. August 1921 44. Jahrgang

Das Notopfer.

Das Deutsche Reich soll, wie bekannt, mehr Geld an die Entente zahlen, als überhaupt bar auszubringen möglich ist. Deshalb soll tünlichst die Begleichung durch Geld in eine Entrichtung durch Warenlieferungen umgewandelt werden. Zur Herstellung von Waren gehört aber erst recht Geld, wir müssen also unser Kapital, das wir noch haben, nach Kräften zu vermehren suchen. Statt dessen wird aber das sehr zusammengeschrunpste deutsche Kapital vom Reichsnotopfer und anderen Abgaben verzehrt. Wollen wir neue Steuern erheben, um fabrizieren zu können? Das ist unmöglich. Sollen wir uns die zu liefernden Waren vorausbezahlen lassen? Daran ist nicht zu denken. Wir wissen ja gar nicht einmal, ob wir einen guten Preis erhalten und uns nicht mit einem geringen Preis begnügen müssen. Wir sind deshalb auf unser eigenes Kapital angewiesen. Schlagen wir es tot, so können wir nicht mehr intensiv arbeiten, und ein kostspieliger arbeitender sozialisierter Betrieb braucht erst recht ein hohes Betriebskapital.

Die Härte des Reichsnotopfers ist schon heute klar geworden. Die Veranlagung erfolgte nach dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1919, die Bezahlung der hohen Steuer, deren Entrichtung mit einem Male unmöglich war, verteilt sich auf eine Reihe von Jahren. Es glaubt wohl niemand daran, daß es unter den zu erwartenden Steuern möglich sein wird, das Vermögen auf der Höhe von Ende 1919 zu halten, bei sehr vielen Personen wird es sich bedeutend verringern. Es entsteht somit die Tatsache, daß Steuern von einem Werte auf Jahre hinaus in einer Höhe entrichtet werden müssen, der gar nicht mehr vorhanden ist.

Auch eine andere unliebliche Tatsache ist schon zutage getreten. Diese Art von Besteuerung sängt an, den Sparfönn zu töten. Das gute alte deutsche Wort sagt: Spare in der Zeit, so hast du in der Not! Wenn die Steuer aber die Ersparnisse verzehrt, so bleibt nichts für die Zeit der Not, und man kann es der Bevölkerung nicht verargen, wenn sie sich selbst von dem Geld, was hätte erspart werden können, einen guten Tag macht, statt es in die Steuerkassen fließen zu lassen. Noch ist viel Geld in die Sparkassen geflossen, aber wir müssen abwarten, wie viel in einem Jahre von diesen Summen in den Sparkassen geblieben ist. Wir sind durch das Reichsnotopfer auf eine abschüssige Ebene geraten, die für die Finanzwirtschaft ernste Folgen haben kann. Das Geld, welches durch diese Steuer eingezogen wird, brauchen wir natürlich, darauf kann nicht verzichtet werden, aber seine Aufbringung ist auf eine gerechte und gesunde Grundlage zu stellen. Ungerechte Steuern zu bezahlen, macht auch den geduldigsten Menschen ärgerlich. Denn die Sache läuft doch für viele darauf hinaus, daß sie nicht bloß für die sauer errungenen Ersparnisse langer Jahre Steuern zahlen sollen, sondern daß auch noch bezahlt werden muß in unveränderter Höhe, wenn das Kapital bereits ganz oder zum erheblichen Teil weggesteuert worden ist.

Diese Steuerform, wie sie heute zur Anwendung gelangt, ist also ungerecht und unpraktisch. Denn sie tötet nicht nur den Sparfönn, sondern verhindert damit auch die Neubildung von Kapital, das wir zur Erhöhung der Arbeitsleistungen unbedingt brauchen. Wenn wir uns mit der Banknotenpresse behelfen wollen, wie bisher, dann wird uns die Bezahlung des Rohmaterials ebenso unmöglich sein. Wie wir dastehen, zeigt die Tatsache, daß das Kronengeld der Tschechen in Prag schon wertvoller zu werden beginnt, als die deutsche Reichsmark. Das ist, gerade heraus gesagt, ein Skandal, aber leider eine Tatsache. Daß sechs amerikanische Dollars, im Frieden 24 Mark, heute 500 deutsche Mark bedeuten, ist beinahe ebenso beschämend.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Reichsminister Hermes über die Lage der Lebensmittelversorgung.

Reichs Ernährungsminister Dr. Hermes, der zurzeit die Pfalz bereist, machte in Ludwigshafen bei einer Besprechung mit Vertretern der Industrie, des Handels, der Handelskammer, des Hand-

werks und der Arbeiterschaft programmatische Ausführungen über die Lage der Lebensmittelversorgung.

Der Minister erklärte, er könne den zurzeit herrschenden Pessimismus wegen unserer Ernährungsfrage, der von den Sanktionen sowie von der anhaltenden Dürre hervorgerufen sei, nicht teilen. Ueber den Ausfall der Kartoffelernte könne man noch kein endgültiges Urteil abgeben. Es werde von der Kartoffelernte abhängen, ob sich eine Möglichkeit ergebe, die hohen Kartoffelpreise zu vermindern. Die Regierung tue alles zur Verbilligung der Lebensmittelpreise. Im Zusammenhang hiermit tadelte er es, daß ganze Heere von Aufkäufern der Industrie den Lebensmittelmarkt überschwemmen und durch allzu vorzeitige Einkäufe die Preise in die Höhe treiben.

Der Minister verzeichnete im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen die Tatsache, daß unser Bestand an Milchläden hinreichend sei. Es fehle nur noch das notwendige Kraftfutter. Durch die Hebung der Milchproduktion in der freien Wirtschaft hoffe man auf eine billigere Lieferung der Butter. Man werde aber nicht vergessen, den Städten gewisse Quantitäten billiger Milch für minderbemittelte Familien zur Verfügung zu stellen. An Stelle von Mähen, die nunmehr in Deutschland in hinreichender Zahl vorhanden sind, werde Nordamerika jetzt Futtermittel nach Deutschland ausführen.

Schließlich wies der Minister darauf hin, daß wir in unserer Lebensmittelversorgung auf eine intensive Zusammenarbeit mit den produktreichen Ländern angewiesen sind. Es sei daher Aufgabe unserer Wirtschaft, die alten Beziehungen mit dem Weltmarkt wieder anzuknüpfen. Zu einer intensiven Hebung des Getreidebaues in Deutschland könne die Notwendigkeit nicht außer acht gelassen werden, die Rentabilität der Getreideproduktion zu gewährleisten. Wir brauchen dazu die Wiedereinführung der freien Wirtschaft.

Zum Schluß betonte der Minister, daß die Reichsregierung nichts unversucht lassen werde, die Aufhebung der Sanktionen zu erreichen.

Frankfurt a. M., 3. August. Im Anschluß an seine Ludwigshafener Rede hatte Reichsminister Dr. Hermes eine Besprechung mit Vertretern der Presse, denen gegenüber er zu der bevorstehenden Preisverhöhung erklärte, daß eine 40 prozentige Preisverhöhung nicht zu umgehen sein werde. Für die nächsten Monate sei die Brotbeschaffung gesichert. Für Roggen und Weizen sei aller Wahrscheinlichkeit nach eine Mittelernte zu erwarten. Die Ansichten für Futtermittel und Kartoffeln seien zwar weniger günstig, doch könne er, der Minister, den bestehenden Pessimismus nicht teilen.

Deutschlands Recht auf Oberschlesien.

Das Vertrauen Deutschlands darf nicht enttäuscht werden.

Auf Einladung der Bremer Handelskammer hielt Reichskanzler Dr. Brüning in einer von Tausenden besuchten Massenversammlung in Bremen eine Rede, in der er ungefähr folgendes ausführte:

Ich will keine Rede der Resignation, sondern der Ermunterung halten. Die Lösung heißt: Durch Arbeit zur Freiheit. Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht, sondern um die Ueberzeugung, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Bremen muß der Ausgangspunkt für die Befreiung des Welthandels sein. Dieses Wiederaufblühen ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechts, nicht unter dem Gedanken der Macht.

Wohin der Machtgedanke führt, zeigt das traurige Schauspiel Oberschlesiens. Jede Stimme des Rechts begriffen wir mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüberkommt. Es ist eine Sabotage des großen demokratischen Ideals der Welt, wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Korsanths in Oberschlesien zur Geltung käme. Alle Mächte moralischer Natur rufen mit eherner Stimme in die Welt hinaus: Acht den Gedanken der Selbstbestimmung der

Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergang weihen wollt.

Sieben Jahre sind dahingegangen seit der Unglücksstunde jenes ersten Ultimatum. Soll das neue Ultimatum neue Zerstörungen über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch neuen Wirrwarr hindurchgeführt werden. Todeschatten lagern über dem Kontinent, der der Bringer des Lichts und der Freiheit für die ganze Welt sein mußte. Leider regieren in Warschau politische Leidenschaft und grenzenloser Hochmut, der die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Bremen war einer der Orte, von denen die deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Länder des Ostens getragen wurden. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche soziale Wohlfahrtsrichtungen stehen in Oberschlesien auf dem Spiele. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Tage gehabt, als unter der Herrschaft polnischer Nationalisten.

Bremens Arbeiterschaft und Kaufmannschaft muß zusammenstehen mit der Reichsregierung in der Verteidigung der großen und einheitslichen Richtlinien der Reichspolitik, die geleitet sind von dem Gedanken der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das Ausland, geleitet von dem großen Gedanken der Arbeit, des Rechtes und der sozialen Wohlfahrt.

Der Kanzler schloß seine Ausführungen mit den Worten: Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm ein faires Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität, das gemeinsame Interesse aller Völker an der Freiheit und Demokratie darf nicht enttäuscht werden.

Sturmzeichen.

Natibor unter polnischem Boykott.

Alle Anzeichen im obereschlesischen Industriegebiet deuten weiter darauf hin, daß wir am Vorabend eines neuen polnischen Putsch stehen.

Der Terror der Polen in den Grenzkreisen hebt von neuem in scharfer Form an. Aus mehreren, nahe der Grenze gelegenen Orten müßten die deutschen Beamten fliehen. Wegen die deutschgestimmte Stadt Natibor wird ein förmlicher Boykott durchgeführt. Die Bauern der umliegenden Dörfer dürfen keine Lebensmittel, besonders keine Kartoffeln und kein Gemüse, auf den Natiborer Markt bringen. Die Stadtbevölkerung ist dadurch in große Unruhe versetzt.

Durch Nikofal, Nikischacht, Balenze, Josesdorf und andere polnische Dörfer ziehen Tag für Tag mit Gewehren und Knütteln bewaffnete polnische Banden. Die deutsche Bevölkerung befindet sich in größter Unruhe. In der Umgebung von Kattowitz und Beuthen hört man jede Nacht lebhaftes Schießereien. Allgemein spricht man davon, daß der Polenputsch spätestens Anfang nächster Woche losgehen soll. Aus dem Kreise Rybnik werden wieder mehrere polnische Morde gemeldet.

Eine englische Kommission in Plesch und Rybnik.

Wie das „Journal“ aus London berichtet, soll die englische Kommission, die jetzt die Kreise Plesch und Rybnik bereist, um sich über die Stimmung der Bevölkerung aufzuklären, einen Bericht erstatte, den Lord George dem Obersten Rat vorzulegen beabsichtige.

Die Vorbereitung der Entscheidung.

Kabinettsitzung in London.

Am Sonnabend findet eine Sitzung des Kabinetts statt, um über die Haltung Großbritanniens in den Fragen, die auf der Konferenz des Obersten Rates zur Verhandlung kommen, zu beschließen. Lord George und Curzon fahren am Montag um 11 Uhr vormittags nach Paris ab. An den wahrscheinlich am Montag beabsichtigten wichtigen Erörterungen der Alliierten und der Finanzvertreter, die im Zusammenhang mit der Konferenz des Obersten Rates stattfinden, und die Frage der deutschen Reparationen sowie andere Fragen betreffen, werden auf britischer Seite Sir Robert Horne und mehrere Vertreter des britischen Schatzamtes teilnehmen.

Die Besprechungen der alliierten Sachverständigen zur Vorbereitung der Entscheidung über Oberschlesien, die gegenwärtig in Paris in vollem Gange sind, werden am 7. August beendet sein. Gleichzeitig mit dem Zusammentritt des Obersten Rates wird eine interalliierte Finanzkonferenz beginnen, die verschiedene Probleme der Reparationen, insbesondere die Verteilung der Reparationen, besprechen soll.

Die wichtigsten Fragen, die auf der Konferenz zu lösen sind, sind die obereschlesische Frage, die Frage der Rhein-Sanktionen, der Kriegsschuldigkeiten und auch Fragen bezüglich Bezahlung der deutschen Verpflichtungen.

Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt hierzu, England hoffe, daß die Konferenz nicht lange währe, und möchte einen baldigen Abschluß dadurch ermöglichen, daß die Beratungen auf diese Fragen beschränkt werden. Es sei zwar wenig Aussicht, daß die Sachverständigen in der obereschlesischen Frage zu einer Einigung kämen, man sei in britischen Kreisen jedoch fest entschlossen, diese Frage endgültig zu regeln.

Ueber die Rheinsanktionen

herrsche in London die gleiche Ansicht. Man sei der Meinung, daß die neue Garantie-Kommission, der einige der Alliierten die Frage der Sanktionen überweisen wollen, nicht befugt sein kann, Maßnahmen von großer militärischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit, die ursprünglich vom Obersten Rat getroffen wurden, aufzuheben. In einigen Kreisen bestehe bereits Neigung zu einem Ausgleich in der Sanktionsfrage, indem die Befestigung der Ruhrorte aufrecht erhalten, dagegen die künstliche Zollgrenze aufgehoben werde.

Wiederaufröhlung der Kriegsschuldigenfrage.

Bezüglich der Frage der Kriegsschuldigen erscheine es durchaus möglich, daß Frankreich und vielleicht auch Belgien den Wunsch zum Ausdruck bringen werden, die Schuldigen selbst abzurufen. In England scheint diese Absicht nicht zu bestehen.

De Marini über die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

Im Auswärtigen Ausschuss der italienischen Kammer erklärte General de Marini, der italienische Abteilungs-Kommissar für Oberschlesien, daß die unterirdischen Schächte in Oberschlesien durch das ganze Gebiet fließen und einen technischen Zusammenhang des Industriegebietes herstellen, der eine Teilung unmöglich mache. 90 Prozent der dortigen Bergwerke und Fabriken seien außerdem im Besitz von Deutschen. Wirtschaftlich stelle Oberschlesien die wichtigste Kohlenreserve Europas dar, deren Besitz für die Zukunft geradezu ausschlaggebend sei. Auf eine Frage des Gewerkschaftsführers Baldesti antwortete de Marini, die italienischen Arbeiter könnten in Oberschlesien nicht nur ihr Brot finden, sondern sie würden von den Deutschen geradezu begünstigt.

Die Regierung schweigt noch über die Haltung, die sie auf der Tagung des Obersten Rates einnehmen will.

Polnische Raubpolitik.

Die Austreibung der deutschen Domänenpächter in Polen.

Obwohl die deutschen Domänenpächter in Polen und Bessarabien gegen den Entschluß der polnischen Justizkommission, daß ihre Pachtverträge nicht zu Recht bestehen sollen, Berufung eingelegt haben, das Verfahren also noch schwebt, geht der polnische Staat rücksichtslos in der Austreibung der deutschen Pächter vom durch jahrelangen Fleiß und Arbeit in hohe Kultur versetzten Boden verjagt zu haben, erreicht haben wird.

Im Graudenz, Thorner und Kulmer Kreis stehen die Sachen jetzt folgendermaßen: Theoretisch ist entschieden auch durch ein pomersches Gericht, daß das Inventar der Pächter verbleiben soll, jedoch dürfen sie es nicht freigändig verkaufen, um angemessene Preise zu erzielen, vielmehr darf der Ver-

tant nur an den polnischen Staat erfolgen, der dann das Inventar abmachen läßt. Die Kommissionen sind aber angewiesen, nicht höher abzuschätzen, als der neue polnische Domänenpächter Vermögen nachweisen kann. Wenn also, wie in einem Kulmer Kreise, der polnische Pächter 3 Millionen polnische Mark besitzt, so kann man sich leicht ausrechnen, was dem deutschen Pächter zugerechnet wird, wenn man bedenkt, daß die polnische Wolota ein Zwanzigstel der deutschen zurzeit beträgt. Aber die deutschen Pächter sollen nicht einmal die tarzierte Summe erhalten, vielmehr wird diese der polnische Staat Deutschland auf irgendeine Schuld „aufschreiben“. Es würde somit viel bedeuten, wenn die deutschen Pächter bei ihrer Vertreibung Möbel und Hausrat über die Grenze retten könnten. Außerdem besteht eine polnische Bestimmung, daß deutsche Abziehende nur 50 Prozent ihres Barvermögens mitnehmen dürfen, so daß auch hier noch weitere große Verluste zu erwarten sind.

Der Pole geht noch weiter, es ist jetzt eine Verordnung erlassen worden, daß die deutschen Pächter für ihren Aufenthalt auf ihren Besitzungen „Pension“ zahlen sollen, in welcher Höhe und an wen, ist noch unklar. Auch ist noch nicht an die praktische Durchführung dieser Maßregel herangegangen worden.

Die Stimmung der Domänenpächter schwankt bei diesem Vorgehen der Polen je nach dem Temperament zwischen Gleichgültigkeit, verbissener Wut und Galgenhumor. Sie sehen sich schußlos den Händen der alles Deutsche ausrottenden Polen überantwortet. Es muß jedoch betont werden, daß die deutschen Pächter nicht von vornherein die Hände in den Schoß gelegt haben. Der deutsche Domänenpächterverband in Bromberg hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Pächtern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Der Verband hat sich an den Völkerbund und an alle in Betracht kommenden Stellen gewandt. Ein Erfolg seiner Schritte ist leider nicht nachweisbar.

Eine neue Völkerwanderung.

6 Millionen Hungernder im Anmarsch auf Moskau.

Nach einer Meldung des Moskauer Blattes „Swetija“ beläuft sich die Zahl der hungernden Bewohner in Ostsibirien, die auf Moskau zu marschieren, auf über 6 Millionen.

Sie überströmen die Gouvernements Tambow, Penza und Woronesch und bewegen sich ohne Aufenthalt vorwärts. Am 20. Juli erreichten sie die Stadt Tambow, nachdem sie die ihnen entgegengesandten Truppen in die Flucht geschlagen hatten. Sie plünderten alle Vorräte und stießen sämtliche Pferde der Kavallerie, der Feuerwehr und der Droschken. Die Untersuchung ergab, daß die Truppen, denen der Schutz der Stadt anvertraut war, sich geweigert hatten, auf die Menge zu schießen.

In den Ostseestaaten legt man der Hungerkatastrophe eine weit größere Bedeutung bei als allen bisherigen Interventionen. Eine ungeheure Völkerwanderung habe eingesetzt, deren Folgen nicht zu übersehen sind. Die Anarchie stehe vor der Tür. Die Randstaaten könnten von der Völkerwanderung überflutet werden und müssen auf alle Eventualitäten gefaßt sein.

Zur Hungersnot gesellen sich furchtbare Seuchen, die unter der ausgebreitetsten Bevölkerung mit rasender Schnelligkeit um sich greifen. Ruhr, Flecktyphus, Cholera grassieren. Allein in der Stadt Samara kommen täglich über 400 neue Cholerafälle vor. Selbst die Pest ist wieder aufgetaucht. Die schreckliche Not löst alle Landen frommer Scheu, jeder sucht sich selbst zu retten. Wo die Heere der flüchtenden Verzweifelteten einfallen, gibt es keine Rettung, alles, was irgendwie geeignet ist, den rasenden Hunger zu stillen, wird verteilt. Eltern lassen ihre Kinder im Stich, um sich selbst zu retten. Im Gouvernement Samara zählt man bereits über 40000 Kinder, die von ihren geblühteten Eltern verlassen worden sind.

Schuld des Bolschewismus.

Die aus Rußland zurückgekehrte finnische Handelsdelegation hat einen Bericht über die Hungerkatastrophe abgestattet, in dem sie sagt: Viel Schuld hat allerdings die Dürre dieses Jahres, aber man muß in Betracht ziehen, daß die Bolschewisten in dem Hungergebiete das Saatgetreide beschlagnahmt hatten, daß Vieh abgeschlachtet und zahllose Pferde fortgeführt haben. Dadurch ist der Ackerbau in vollkommene Verwirrung geraten, und die Aussaatfläche ist nur gering geblieben. Ueber die Aussichten, die ein internationales Hilfswerk haben würde, äußert sich der Bericht skeptisch. Aus Gesprächen mit der Räteregierung haben die Delegierten den Eindruck gewonnen, daß die Räteregierung bestimmte Bedingungen an die Annahme der Hilfe stellen würde, damit ihr politisches Prestige nicht geschmälert wird. Ferner erwähnt der Bericht einen Aufruf der kommunistischen Partei, der besagt, daß nur die Kommunisten Rußland vor der Katastrophe retten könnten. All dieses deutet darauf, daß die Kommunisten der Verwirklichung einer effektiven Hilfe große Hindernisse in den Weg stellen würden.

Die Sowjetregierung der Lage nicht gewachsen.

Angesichts dieser Tatsache mehren sich die Nachrichten, daß das Sowjetregiment in seinen Grundfesten wankt. In Petersburg sind Gerüchte verbreitet, daß die Sowjetregierung gegenüber dem Menschewitsch die Erklärung abgegeben habe, daß sie der Lage in Rußland nicht gewachsen sei. Sie sei bereit, mit allen Parteien das Schicksal Rußlands zu bestimmen. Sie verlange, daß das eingesetzte Hilfskomitee, in dem die Bolschewitsch nur schwach vertreten seien, die Macht übernehmen sollte.

Die deutsche Hilfe für Rußland.

Konstituierung des Hilfskomitees.

Im Landeshaus der Provinz Brandenburg waren Vertreter der deutschen medizinischen Wissenschaft, der Parteien und Gewerkschaften, des Handels und der Industrie sowie der Behörden mit dem Zentralkomitee des Roten Kreuzes zusammengekommen, um über die Hilfsaktion für das von Hunger und Seuchen schwer bedrohte Rußland zu beraten und sich als Hilfskomitee zu konstituieren.

In der Besprechung kam zum Ausdruck, daß deutsche Hilfe gegen die Hungersnot nicht in Frage käme, wohl aber könnten und müßten wir eueratisch an der Bekämpfung der Seuchen teilnehmen. In den Anstalten der deutschen Kriegsgefangenenfürsorge in Moskau und Petersburg seien gute Stützpunkte für eine medizinische Hilfsaktion vorhanden. Die Hauptschwierigkeit liege in dem großen Mangel an Ärzten, die den fremden Kranken und Krankenträgern die Einreiseerlaubnis wegen der damit verbundenen politischen Immunität erteilen dürften. Eine Antwort aus Moskau auf eine diesbezügliche deutsche Anfrage steht noch aus.

Aus dieser Unsicherheit heraus entschloß man sich, vorläufig nur ein Sanitätsschiff mit fünf Ärzten und 20 Hilfspersonen zu entsenden und zu prüfen, ob diese ungestört arbelten können. Eine umfangreichere Hilfsaktion ist aber nicht nur im allgemeinen menschlichen, sondern auch in unserem eigenen Interesse notwendig, denn die Choleraepidemie dehnt sich immer weiter aus, sie ist schon bis Warschau vorgebrungen, Polen aber und unsere anderen östlichen Nachbarstaaten bilden bekanntlich bei ihren mangelhaften sanitären Einrichtungen kein Bollwerk gegen diese Gefahr.

Deutsches Reich.

Die Möglichkeit des Austritts der Reichsregierung.

Die „Neue Hamburger Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift von führender parlamentarischer Seite, worin zu der Frage eines Austritts des Kabinetts Wirth Stellung genommen wird. Unter Berufung auf die bekannten Äußerungen des Reichskanzlers Dr. Wirth und des Reichsjuristenministers Dr. Schiffer stellt die Zuschrift fest, daß sich das Ministerium vollständig klar über die Notwendigkeit seines Austritts sei, falls es in der oberschlesischen und in der Angelegenheit der „Sanktionen“ keinen Erfolg erzielt. Es wird hinzugefügt, das Parlament teile in seiner überwiegenden Mehrheit den Standpunkt der Regierung und werde nichts tun, um die Konsequenzen hintanzuhalten, die die Regierung selbst zu ziehen entschlossen sei.

Die Meldung des Hamburger Blattes gewinnt um so größere Bedeutung, als sie durch W. E. B. ohne irgend einen Kommentar übernommen und weiterverbreitet wird. Es handelt sich also um mehr, als die Privatmeinung einer Zeitung.

Wesentliche Mietsteigerungen in Aussicht. In einem Bescheid an den Verbandspräsidenten des Siedlungsbezirk Ruhrkohlenbezirk bemerkt der preussische Minister für Volkswohlfahrt, daß durch neue Steuern sich voraussichtlich noch in diesem Jahre eine ganz wesentliche Geraufhebung der Mieten nicht wird vermeiden lassen. Um so mehr müßten auch, mit Rücksicht auf die bevorstehenden schweren allgemeinen Lasten finanzieller Art, jetzt alle Belastungen vermieden werden, die nicht unbedingt notwendig seien. Hierbei hat der Minister die Erhöhung der Mietzuschläge im Auge, die jetzt so vielerorts erteilt wird.

Helgoland verlangt Selbstverwaltung. Die 62er Kommission der Insel Helgoland, eine aus den Kreisen der eingeborenen Bevölkerung gewählte Körperschaft, die neben der Gemeindevertretung arbeitend, den Kampf um die „alten Rechte“ der Insel führt, hat eine Denkschrift herausgegeben, in der sie die Gründe für die geforderte Selbstständigkeit des „Volkes“ von Helgoland niedergelegt hat. Gefordert wird eine eigene Verwaltung, „um in Freiheit die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Insel auszuwerten zu können“. Die augenblickliche wirtschaftliche Lage der Insel wird als wenig hoffnungsvoll geschildert, da die Abtragung der Befestigungen die Insel in einem verwüsteten Zustand zurückläßt. Die Badegäste, die zur Erholung die Insel aufsuchen, ziehen, nach der Darstellung der Denkschrift, wieder von der Insel fort, weil sie dort keine Ruhe finden, so daß die Lage des Bades in kurzer Zeit verarmt sein

wird. Gerade die einzige Hoffnung ausreichender Taleinsicherung ruht aber nach der Denkschrift in der Möglichkeit, die Insel als Seebadeort in modernster Weise auszugestalten, da Helgoland von seiner primitiven Fischelei, die gegen die Küstenschutz nicht konkurrenzfähig ist, allein nicht leben könne. Die Denkschrift wendet sich zum Schluss gegen die Vorwürfe des moralischen Hochverrats. Der Gang zu dem englischen Vertragskontrahenten von 1900 und zum Völkerbund sei ein Schritt der Not gewesen.

Postkontrolle im Rheinland. Die Interalliierte Rheinland-Kommission in Koblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Auslieferung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann sonach die Ueberwachung des Postverkehrs jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebietes ohne weiteres ausüben lassen. Sie verfährt auf dementsprechend und richtet auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebietes Postüberwachungsstellen ein. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen gänzlich von dem jeweiligen Befehlen der obersten Befehlsgewalt abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen usw. nach Orten in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle ihrer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Einstellung des Verfahrens gegen Rasparek. Das im Mai d. J. gegen den früheren Landrat in Sangerhausen, Rasparek, erlassene Strafverfahren wegen Hochverrats ist durch den Staatsanwalt in Halle eingestellt worden.

Kommunistische Treuhänder. Der Berliner „Vorwärts“ veröffentlicht eine Zuschrift der „Freiengewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale Groß-Berlin“, in der es heißt: „Die Unterinspektionskommission der Berliner Arbeiterchaft ist bestohlen und betrogen. Wir stellen heute fest, daß die nach der Abrechnung vom 15. April 1921 angeblisch auf der Bank sein sollenenden 345 820,50 Mark bereits am 18., 19., 20. November von den beiden kommunistischen Treuhändern Paul Edert und Karl Hagen abgehoben wurden und verschwunden sind. Der Kassenbericht, der in der Generalversammlung der Betriebsräte Berlin am 6. Mai 1921 gegeben worden ist, war Eng und Trug. Die als Kassierer und Revisoren tätigen Adolf Baer, Paul Edert, Otto Wendt, Karl Hagen und Hermann Walter haben frech und unverantwortlich die gesamte Arbeiterchaft betrogen und sie haben mit diesem lügenhaften Kassenbericht auf den dritten Treuhänder hintergangen, der alten Freunden und Kampfnossen glaubte restloses Vertrauen entgegenbringen zu müssen.“

Die holländischen Goldmarkkredite. Die Gesamtsumme der durch Vermittlung des Hauses Mendelssohn u. Co. in Amsterdam beschafften Goldmarkkredite beträgt nunmehr 250 Millionen Goldmark, und man kann immerhin damit rechnen, daß in nächster Zeit noch einige weitere Beträge hinzukommen. Ueber die Fälligkeiten ist Bestimmtes bisher nicht bekannt gegeben, es steht jedoch fest, daß sie je nach Vergabe der einzelnen Kredite verschieden sind und sich auf ziemlich lange Dauer erstrecken. Von einem Reichstagsabgeordneten sind inzwischen Fragen bezüglich des holländischen Abkommens an die Regierung gestellt worden, und zwar vor allem bezüglich der Vorbehalte, die Holland gemacht hat. Es handelt sich hierbei in erster Reihe um die vorgesehene Lieferung von Steinkohlen.

Wie aus der Beantwortung einer kleinen Anfrage durch den Reichsernährungsminister hervorgeht, ist geplant, die zukünftigen Viehlieferungen an die Entente öffentlich auszufreiblen.

Das deutsche Plebiszitkommissariat in Gleiwitz wurde auf Befehl des französischen Militärbefehlshabers geschlossen.

Der Präsident des Landesdirektoriums in Remel, Oberbürgermeister Altenberg, ist zurückgetreten.

Gegen das Schmuggelwesen an der Remelergrenze wird jetzt auch von seiten der Schutzpolizei mit aller Schärfe vorgegangen. In letzter Zeit sind verschiedene Beschlagnahmen von Schmuggelwaren erfolgt.

Die Wahlen zum Verbandstage der Metallarbeiter ergaben bisher eine Mehrheit von 403 Delegierten für Amsterdam gegen nur 73 Moskau-Anhänger.

Die Neuwahlen zum thüringischen Landtag finden am 11. September statt.

Der erste Vorsitzende des Verbandes der Kommunalbeamten und -Angestellten Preussens, Oberstadtssekretär Scheibig-Charlottenburg, ist während der Tagung des Verbandes in Barmen gestorben, so daß die Verhandlungen vorzeitig abgebrochen werden müßten.

Auf von deutsch-sozialistischen Wählern verbreitete anderslautende Nachrichten

hin teilt die Stockholmer Polizeidirektion mit, daß Generalstaatsanwalt Dr. Rapp Schweden bisher noch nicht verlassen hat.

Prinz Max von Sachsen, Professor an der Universität Freiburg, wurde zum Hausprälaten des Papstes ernannt.

Ausland.

Italien an der Seite Englands.

Im Auswärtigen Ausschuss der italienischen Kammer gab der Außenminister Marquis Della Torretta die Erklärung ab, daß es Italiens Aufgabe sei, tünlichst zu verhindern, daß das heutige Gleichgewicht zugunsten irgend eines Siegers verschoben werde. Deshalb werde Italien den Richtlinien Englands folgen, ohne darum Frankreich zu reizen, dessen Freundschaft für Italien notwendig sei. Torretta demenlierte ferner die Absicht, zwischen Polen und Deutschland, deren Beziehungen keineswegs gebessert seien, zu vermitteln. Die früheren Versuche scheiterten und schaden Italien.

Amerika.

Die Vorverhandlungen zu Hardings Friedensproklamation. Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“ erfährt aus gut unterrichteter, aber nicht amtlicher Quelle, daß die Washingtoner Regierung, bevor sie Deutschland die Eröffnung von Verhandlungen über einen Sonderfrieden vorschlägt, mit den Hauptsignatarmächten des Pariser Vertrages offiziell Besprechungen gepflogen habe, um sich zu vergewissern, daß sie in dem Abschluß dieses Vertrages durch die Vereinigten Staaten keine Schwierigkeiten läßen. Anlaß hierzu habe der Umstand gegeben, daß der Vertrag mit Deutschland die den Vereinigten Staaten auf Grund der wirtschaftlichen und Reparationsbestimmungen des Pariser Vertrages zustehenden Rechte und Privilegien umfassen werde. Der Korrespondent fügt hinzu, die Alliierten hätten natürlich keinerlei Einwendungen erhoben. — Ob und wann Präsident Harding durch eine feierliche Proklamation die vom Kongreß beschlossene Beendigung des Kriegszustandes verkünden wird, steht immer noch nicht fest.

Indien.

Die Inder wollen England boykottieren. In Bombay begann die Versammlung des indischen Kongreßkomitees in Anwesenheit von 150 Delegierten, darunter allen indischen Führern. Es wurde eine Entschlieung angenommen, sämtliche englischen Beschlüsse, für die Indien bisher das größte Absatzgebiet war, vollständig zu boykottieren. Ebenso soll der Besuch des Prinzen von Wales boykottiert werden. Man habe nichts gegen den Prinzen persönlich, aber sein Besuch müsse boykottiert werden, weil er nur dem Zwecke dienen soll, das gegenwärtige britische Regierungssystem zu stärken.

In Wien behauptet man, daß sich Kaiser Karl bereits seit einer Woche heimlich in Ungarn befinde. Es sei ihm gelungen, die Schweizer Regierung hinter das Licht zu führen und heimlich Hartenstein zu verlassen.

Wie gemeldet wird, haben die Griechen bei Sivrihissar eine ernste Niederlage erlitten. Sie ziehen sich auf Eski Schehir zurück.

Der Exultan von Marokko, Mulai Hafid, der im Jahre 1914 gegen Frankreich rebellierte und nach Spanien flüchtete, hat jetzt dem französischen Votschafter in Madrid ein Schreiben übergeben, in dem er seine bedingungslose Unterwerfung erklärt.

Die Nationalversammlung von Südbawien nahm das Gesetz zur Unterdrückung der kommunistischen Umtriebe endgültig an.

Monsignore Ceretti, der apostolische Nuntius, ist aus Rom in Paris eingetroffen.

Das belgische Sprachengesetz für die Verwaltung ist nunmehr von der Kammer angenommen worden. Damit ist die Verwaltungssprache in Flandern flämisch.

Der amerikanische Schiedsrichter bestätigte den Vertrag zwischen den Entente-mächten und Deutschland betreffend die Aufteilung des Elbischiffsparks.

Der amerikanische Schiedsrichter sprach die seinerzeit von Serbien und Rumänien beschlagnahmten Schiffe der Donauflotte diesen Ländern zu. Außerdem soll Österreich 70 000 To. Kahrbaum und 4500 To. Schlepper der Tschchoslawakei abtreten.

Die Lage bei Mexilla hat sich gebessert. Die Kabylen haben nur kleine Angriffe unternommen, die zurückgeschlagen worden sind. Die spanischen Truppen werden durch Flugzeuge versorgt. In vollstänigen Kreisen verlautet, daß sich König Alfons selbst nach Mexilla begeben wird.

Da sich der Kongreß der französischen Gewerkschaften (C. G. T.) in Lille in seiner Mehrheit gegen Moskau entschieden hat, steht eine Spaltung der französischen Gewerkschaften bevor, da die Minderheit auscheiden will.

Das rumänische Königspaar wurde in Rambouillet vom Präsidenten der französischen Republik empfangen. Die Heimreise des Königspaares erfolgte Ende der Woche.

Die internationale Donau-Kommission wird ihre erste Sitzung am 15. August in Preßburg abhalten.

Heimatliches.

Nastätten, 5. August 1921.

— **Abkühlung.** Nach fast 2 1/2 monatiger ununterbrochener Trockenheit und tropischer Hitze, während welcher kaum ein Tropfen Regen fiel, ging vorgestern Abend endlich ein Gewitter mit längerem Regen nieder. Brachte dieser Regen auch eine angenehme Abkühlung mit sich, so darf nicht übersehen werden, daß seine Auswirkung auf die Land- und Gartenwirtschaft zunächst keine nachhaltige sein kann. Es war nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ein guter, durchdringender Regen kann noch sehr viel helfen; ohne diesen sind die Aussichten keine günstigen.

— **Schöffengericht.** In der Sitzung des Schöffengerichtes am 4. d. Mts. wurde zunächst wegen einer einfachen Übertretung verhandelt. Drei Angehörige der Familie H. hatten von der Polizeibehörde in Buch einen Strafbefehl erhalten, weil sie einen dem Philipp W. gehörigen Kleader unbefugt betreten haben sollen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß zwischen den Parteien Streitigkeiten bestanden, die auch schon zu Täuschungen geführt haben. Von einer Übertretung der feldpolizeilichen Bestimmungen konnte das Gericht sich nicht überzeugen und sprach die Angeklagten frei. — Der Landwirt Karl K. aus der Weismühle bei Dietbarth war angeklagt, am 12. und 19. Juni unberechtigt die Jagd ausgeübt zu haben. Kr. bestritt das entschieden und trat mit der Beschauptung hervor, an jenen Tagen sich in Holzhausen in der Wirtschaft seiner Mutter und nicht im Jagdrevier aufgehalten zu haben. Am 12. Juni war er jedoch von dem Jagdaufsicht B. erkannt worden, wie er das Gewehr auf dem Arm liegen hatte und das Jagdgebiet durchstreifte. Am 19. Juni wurde Kr. gesehen, wie er um 4 Uhr morgens aus seinem Hause trat und, ebenfalls mit einem Gewehr versehen, auf die Jagd ging. Er wurde von zwei Landjägern und zwei Jagdaufsichtern, die sich in der Frühe aufgemaakt hatten, gestellt, entkam jedoch und nahm die Richtung nach Holzhausen. Auch der Pächter des Jagdreviers Münchenroth hat den Angeklagten deutlich erkannt und ihn zugerufen „Gewehr ab“. Trotz der von Kr. beigebrachten Entlastungszeugnisse kam das Gericht nach längerer und umfangreicher Zeugenvernehmung zur Überzeugung, daß der Angeklagte schuldig sei und erkannte auf 300 M Geldstrafe evtl. 20 Tage Gefängnis. — In weiterer Verhandlung wurde derselbe Angeklagte K. wegen Verleumdung des Landjägers A. zu 50 M Geldstrafe evtl. 5 Tage Gefängnis verurteilt.

— **Zur Ernte.** Die entscheidende Frage für die Volksernährung ist zurzeit die: Was wird aus den Kartoffeln? Es ist zu hoffen, daß die in den letzten Tagen, niederergegangenen Gewitterregen das Schlimmste verhüten. Frühkartoffeln haben auf leichtem Boden schwer gelitten und geben klägliche Erträge. Die Spätkartoffeln, welche für unsere Volksernährung entscheidend sind, waren selbst auf mittlerem Boden im Umfollen begriffen, auf leichtem Boden haben sie bereits stark gelitten. Von einer Rekordernte kann deshalb auch bei Kartoffeln keine Rede mehr sein. Wir wollen froh sein, wenn wir eine Mittelernte bekommen; alle Voraussetzungen sind sinnlos, die Witterung in den nächsten Wochen ist für den entgültigen Ertrag entscheidend. Was für die Kartoffeln gilt, gilt auch für die sämtliche übrigen Hackfrüchte. Mit größter Sorge sehen die Viehbefitzer in die Zukunft; der erste Schnitt war unter Mittel, der zweite fehlt größtenteils. Hier hängt es vollkommen von der weiteren Entwicklung der Hackfrüchte (Kartoffeln, Rüben) ab, ob man die Viehbestände durchhalten kann. In vielen Wirtschaften wird das nicht möglich sein, und das bedeutet einen schweren Rückschlag für die gesamte landwirtschaftliche Kultur der nächsten Jahre.

— **Für Handwerker besteht keine Pflicht zur Eintragung in das Handelsregister.** hat die zweite Zivilkammer des Landgerichts in Pöggendorf in einer Berufungsschule entschieden. Entscheidend war, daß der Betrieb ein Handwerksbetrieb sei, in dem der Meister seine Befähigung in einer für seine Produktion entscheidenden Weise ausnützt.

— **Das Ende der Finanznot.** Die Gemeinde Wischerhöfen bei Hamm (Weißf.) hat den Streit der Weisen gefunden, der uns aus allen Finanznöten retten wird. In kurzer Zeit — ein halbes Jahrchen wird genügen — wird Deutschland seine Schulden bezahlt haben, einzig und allein durch die Einnahmen, die besagte Gemeinde Wischerhöfen aus der Luftbarkeitssteuer ergibt. Die Gemeindevertretung in Wischerhöfen hat nämlich in einem Nachtrag die Sätze für die Luftbarkeitssteuer wie folgt festgesetzt: In einem laufenden Jahre wird der Steuerfuß für die erste Luftbarkeit auf 100 Mark erhöht. Für die zweite im selben Jahre stattfindende Luftbarkeit wird das Doppelte der für die erste erhobenen Summe eingezogen usw. Die dritte Luftbarkeit kostet die Kleinigkeit von 400 Mark, die vierte 800 Mark. Ein Soalbesitzer, der an Sonntagen Tanzvergügen veranstaltet, hätte nach diesem Satze für das zwölfte Vergnügen an Luftbarkeitssteuer 204800 Mark zu zahlen. Am 32. Sonntage würde die Steuer schon für diesen Tag allein 204 Milliarden ausmachen, also fast zur Begleichung unserer Schuld

an die Entente reichen. Diese praktische und finanzpolitisch so günstige Stellung hat den Behörden, wie's scheint, ungeheuer imponiert, denn die Steuerordnung von Wischerhöfen ist samt ihrem Nachtrag von der Regierung in Arnberg — genehmigt worden!

— **Die praktische und finanzpolitisch so günstige Stellung hat den Behörden, wie's scheint, ungeheuer imponiert, denn die Steuerordnung von Wischerhöfen ist samt ihrem Nachtrag von der Regierung in Arnberg — genehmigt worden!**

— **Die praktische und finanzpolitisch so günstige Stellung hat den Behörden, wie's scheint, ungeheuer imponiert, denn die Steuerordnung von Wischerhöfen ist samt ihrem Nachtrag von der Regierung in Arnberg — genehmigt worden!**

— **Die praktische und finanzpolitisch so günstige Stellung hat den Behörden, wie's scheint, ungeheuer imponiert, denn die Steuerordnung von Wischerhöfen ist samt ihrem Nachtrag von der Regierung in Arnberg — genehmigt worden!**

— **Die praktische und finanzpolitisch so günstige Stellung hat den Behörden, wie's scheint, ungeheuer imponiert, denn die Steuerordnung von Wischerhöfen ist samt ihrem Nachtrag von der Regierung in Arnberg — genehmigt worden!**

— **Die praktische und finanzpolitisch so günstige Stellung hat den Behörden, wie's scheint, ungeheuer imponiert, denn die Steuerordnung von Wischerhöfen ist samt ihrem Nachtrag von der Regierung in Arnberg — genehmigt worden!**

— **Die praktische und finanzpolitisch so günstige Stellung hat den Behörden, wie's scheint, ungeheuer imponiert, denn die Steuerordnung von Wischerhöfen ist samt ihrem Nachtrag von der Regierung in Arnberg — genehmigt worden!**

— **Die praktische und finanzpolitisch so günstige Stellung hat den Behörden, wie's scheint, ungeheuer imponiert, denn die Steuerordnung von Wischerhöfen ist samt ihrem Nachtrag von der Regierung in Arnberg — genehmigt worden!**

— **Die praktische und finanzpolitisch so günstige Stellung hat den Behörden, wie's scheint, ungeheuer imponiert, denn die Steuerordnung von Wischerhöfen ist samt ihrem Nachtrag von der Regierung in Arnberg — genehmigt worden!**

Vermischtes.

— **Nanbom in Pommern.** Bei Pauenburg in Pommern wurde der Besitzer Blum aus Berlin, der sich mit einem zwispännigen Fuhrwerk zum Pferdemarkt begeben wollte, ermordet, sein Fuhrwerk geraubt und auf dem Markte in Pauenburg von den mutmaßlichen Mördern, zwei unbekanntenen Männern, verkauft. Blum wurde erst später mit durchschnittener Kehle in einem Walde neben der Landstraße tot aufgefunden.

— **Fünf Wiener Touristen geheimnissvoll verschwunden.** Seit zwei Wochen werden fünf junge Leute, die sich in der Umgegend von Innsbruck aufhielten, vermisst. Es sind die Wiener Kaufleute Kostloshum, Fischer, Alexander, Stork und Ribary. Sie wurden zuletzt in der Nähe ihres Hotels für eine Vergnügungsausflucht gesehen. Trotz eifrigster Nachforschungen der Triestopolizei, der Gendarmerie, der Verwandten und der Wiener Polizei, die auch Spürhunde angeleitet hat, ist bis heute nicht der geringste Anhaltspunkt für ihr Verschwinden gefunden worden. Da bei Unglücksfällen doch wenigstens die Leichen der Vermissten hätten gefunden werden müssen, so vermutet man ein Verbrechen. Nach diesem rätselhaften Vorfall wagen sich die Sommerfrischler in Innsbruck nur noch rudelweise auf weitere Spaziergänge.

— **Ein Ei 70 Pfennige.** Im Bayerischen Wald ist der Eierpreis von verschiedenen Bezirksämtern auf 70 Pfennige festgesetzt worden. Wegen überbietende Händler und Verkäufer wird rücksichtslos vorgegangen.

— **Großfeuer in Schloß Rieser.** Wie die Triesterische Landeszeitung meldet, brach im Schloß des ehemaligen Ministers Freiherrn v. Schorlemer in Rieser ein großer Brand aus, der das Dachgeschoss des neuen Schloßflügels vernichtete. Der Schaden wird auf über eine Million Mark geschätzt.

— **Die Vogesen in Flammen.** Aus Mühlhausen i. Elß. wird gemeldet, daß ein aemalikaer Waldbrand in den Vogesen ausgebrochen ist. Der Waldbrand erstreckt sich über den ganzen Bergriesen des Mosleirains bis zum Hartmannsweiler Kopf. Der ganze Wald bildet ein ungeheures Flammenmeer und erleuchtet nachts die Rheinebene taghell. In dem während des Krieges mit Granaten gespickten Gelände erfolgen fast ununterbrochen Explosionen. Die Feuerwehr ist völlig machtlos. Von Altkirch und Mühlhausen sind französische Truppen zur Hilfeleistung abgerückt.

— **Explosionsunglück in Oberkassel.** In Laurahütte flog bei der Riefgrube ein geheimes Munitionslager der Polen in die Luft. Der Fördereturm der Grube und einige Gebäude wurden teils beschädigt, teils sind sie abgebrannt. Bei dem Unglück wurden drei Menschen getötet und mehrere schwer verwundet.

— **400 Pakete verbrannt.** Auf dem Bahnhöfen Eisenach verbrannte ein Eisenbahnhüterwagen mit 3—400 gewöhnlichen Paketen. Ursache war vermutlich Selbstentzündung eines Paketes.

— **Gewitterschäden in Pommern.** In Pommern wurde durch Gewitter, die in den letzten Tagen niedergingen, verschiedentlich Schaden angerichtet; auch wurden Menschenleben gefährdet. In der Paulsdorfer Bucht im Haff kenterte in einer Gewitterstunde ein Boot mit drei Insassen, welche ertranken. Es handelt sich um zwei Landwirte im Alter von 25 Jahren und einen in gleichen Alter stehenden Schloßermeister. In Candelin schlug der Blitz in einen Viehstall und in ein Wirtschaftsgebäude. Beide Gebäude wurden eingeschert. 18 Störche und 8 Zuchtläusen kamen in den Flammen um. Eine Feuerbrunnst entstand durch Blitzschlag in Grimmen. In Vorbein wurden ein Viehstall und die Scheune durch Feuer vernichtet. In Palsch wurde durch Blitzschlag ein Haus erheblich beschädigt.

— **Ein sinkender Berg.** Das „B. Z.“ meldet: Der Sandling bei Nussee befindet sich in unheimlicher Bewegung. Beinahe täglich gehen vom Gipfel riesige Steinlawinen gegen den Boden der vorderen Sandlingalmen nieder und bedrohen Menschen und Tiere. Durch den Einsturz durchweichster Mergelschichten unter der Westwand des Sandlings müssen alle über der Einsturzstelle liegenden Waldflächen, Weidplätze, der Krummhofsgrübel, die Geröllfelder und der darüber drohende gewaltige Gipfelschutt samt seinen Graten, Facken und Zinnen nachstürzen. Der Druck dieser Stöße beraubten Felsmassen auf die immer tiefer sinkenden Wäben am Fuße der himmelstarrenden Wände prä aus dem Verginuern die ausgedaugten Stein-, Erd- und Lehmassen heraus, so daß sie in breitem Strom alle Hindernisse auf dem Weg ins Tal überwinden. Die Westwand des Sandling vorgelagerten Grate und Facken sind teils verschwunden und liegen in Trümmern, teils sind sie nur etwa 50 Meter abgefunken und stehen in ganz unhaltbaren Formen neben den Wäben. Der sich ergießende Erd- und Schlammstrom hat eine Länge von 4,5 Kilometern erreicht und bereits große Waldflächen in Schutz begraben.

— **Eine aufsehenerregende Verhaftung.** In Breslau sind der Kaufmann Josef Lublinki, sein Sohn Ernst, der Kaufmann Aidor Aischer und dessen Sohn Leo Schwiagerlöhner des Josef Lublinki, in Haft genommen worden. Lublinki war früher Direktor der Reichsfabrik Lele und gründete dann eine landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft G. m. b. H. In seiner Eigenschaft als Direktor dieser Genossenschaft erhielt er für viele Millionen Mark Textilwaren, insbesondere von der Textilnotstandsversorgung, zugute, um sie un mittelbar der ländlichen Bevölkerung zuzuführen. Es wird ihm nun zur Last gelegt, daß er diese Ware größtenteils mit wucherischem Aufschlag in Schleierhände aneneben habe, auch wird er der Be-

rechnung beschuldigt. Die gesamten Warenlager der Verhafteten im Werte von mehreren Millionen Mark wurden beschlagnahmt. Lublinki ist vielfacher Millionär. Sein Schwiegersohn Aicher Jun., ist im vorigen Jahre aus Bromberg nach Breslau gekommen und in kurzer Zeit ebenfalls zum reichen Manne geworden. Auch Steuerhinterziehungen dürften in dem Untersuchungsverfahren berührt werden.

— **Blutiger Kampf mit Automobilrännern.** In Breslau hatten fünf Männer ein Automobil für eine Ueberlandfahrt gemietet. Auf der Rückfahrt nach Breslau verlor einer der Männer seinen Hut. Als der Chauffeur diesen geholt hatte, wurde er nicht mehr in das Auto hineingelassen und zur Herausgabe seiner Papiere gezwungen. Die Insassen wollten nun die Fahrt ohne ihn fortsetzen. Das Auto ver sagte aber. Hieraus wurde der Chauffeur unter Geldverpressungen aufgefodert, sich an einem geplanten Neubauge zu beteiligen. Der Chauffeur ging zum Schein darauf ein, erklärte aber, er müsse zunächst Reparaturwerkzeug aus der Stadt holen. Unterwegs legene er Polizeibeamten, mit denen er zu den Banden zurückkehrte. Diese schossen auf die herankommenden Beamten, die das Feuer erwiderten, einen Mann töteten und einen anderen verwundeten. Zwei Männer ergaben sich der Polizei. Der fünfte entkam.

— **Die Harzburger Spielbank geschlossen.** Die in Bad Harzburg im dortigen Kasino mit Genehmigung des braunschweigischen Staatsministeriums vor einigen Monaten errichtete Spielbank hat ihren Betrieb wegen Unstimmigkeiten einstellen müssen. Das Spiel ist dort in großem Stille betrieben worden und große Summen wurden dabei umgesetzt und verspielt. Angemeldet sind Summen von 30 000 bis 60 000 Mark. Mehrere Personen, die ihren ganzen Geldvorrat, der für eine längere Kurzeit bestimmt war, verloren, haben Anzeige wegen Faltschpiel erstattet. Unter den Geschädigten, die sich in größter Geldverlegenheit befinden, sind auch einige Frauen aufgeführt. In der vorletzten Nacht ging es in der Harzburger Spielbank besonders lebhaft und dramatisch zu. Einzelne Spieler sollen in jener Nacht bis 200 000 Mark verloren haben. Ein gewisser Dr. Schröder aus Hamburg fungierte als Bankhalter. Gegen ihn richtet sich besonders die Untersuchung wegen Faltschpiels. Bei den erregten Auseinandersetzungen kam es zu Festsetzungsverhandlungen gegenüber den aufsichtsführenden Polizeibeamten. Die Schließung der Spielsäle erfolgte auf Veranlassung des Reichsministeriums des Innern.

— **Bei 35 Grad Hitze — erfroren.** Aus Newyork wird ein Verbrechen gemeldet, das einer gewissen Eigenart nicht entbehrt. Diebe, die einen Eisbändler ausplünderten, sperrten ihn in seinen Eiskeller ein, wo er am anderen Morgen erfroren aufgefunden wurde. Dabei lastet über der Stadt noch immer die schreckliche Hitze und die Durchschnittstemperatur beträgt 35 Grad im Schatten.

— **Waldbrand bei Nürnberg.** In den Wäldungen hinter den Dugendteichen wütete ein Niefenbrand, dem ca. 100 Hektar schönen Nadelwaldes zum Opfer fielen.

— **Tödlisches Automobilunglück.** Bei Regensburg geriet das Automobil des Direktors Baralla aus Berlin-Schöneberg in die Donau. Der Besitzer kam ums Leben. Die drei anderen Insassen vermochten sich selbst zu retten.

— **Für vier Millionen Holzvorräte verbrannt.** Auf dem Holzlagerplage der Firma Kottmann im Regensburger Umischlaghafen brach ein Großfeuer aus, welches Holzvorräte von mehr als vier Millionen Mark vernichtete.

— **Explosion in einer Fabrik bei Dresden.** Montag morgen gegen 11 Uhr erfolgte in der zweiten Niederlassung der Deutschen Kunstledergeresellschaft in Coswig bei Dresden eine schwere Explosion. Das ausbrechende Feuer fand in den gewaltigen Mengen von Zellulose, die in der Niederlassung lagerten, sofort reichliche Nahrung und breitete sich mit großer Schnelligkeit aus. Sämtliche Fenster Scheiben in einem Umkreis von 500 Metern sind völlig zertrümmert worden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Schaden ist groß.

— **Auffklärung großer Güterberaubungen.** Der Eisenbahnverwaltung ist es durch die Untersuchungsstelle bei der Eisenbahndirektion Altona gelungen, eine große Güterräuberbande zu entlarven, die namentlich auf dem großen Güterbahnhof Wilhelmshagen in breiter Weiße Güterzüge beraubte und den Raub aus offen abtransportierte. Meist handelt es sich um Kutscher und Erwerbslose. Die Zahl der Verhaftungen ist noch nicht abgeschlossen.

— **Die Kieler Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft findet vom 9. bis zum 18. September statt.** Sie soll aber keine bloße Wiederholung der vergangenen sein. Die Aufzählung der vorgeesehenen Festaufführungen in den Theatern, der Weichkonzerte mit weltlicher und kirchlicher Musik, der Vorträge angelegener deutscher Gelehrter, der Ausstellungen und sonstiger Darbietungen leistet dafür Gewähr. Bei allen Veranstaltungen wirken zahlreiche berühmte Gäste mit. Auch aus dem Auslande werden Besucher eingeladen aus Skandinavien erwartet man 300 Studenten und Dozenten. In der zweiten Hälfte der „Herbstwoche“ findet auch die Kieler Nordische Messe statt.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Mosner.

24 Nachdruck verboten.

Ein Horn, eine ohnmächtige Wit über diese vielen Krüppel... Ein Horn, eine ohnmächtige Wit über diese vielen Krüppel, über die alberne Unmöglichkeit, mich durchzusetzen, waren damals in mir angewachsen...

Er schweig, er hatte sich in eine haltende Erregung gesprochen und fragte dann mit still gewordenem Stimm: Berühmst du das? Sie streichelte nur wieder seine Hand...

Da schüttelte er ab, was ihn umjagen hielt. Er hörte diese angstvoll bittende Stimme der Mutter, sah diese tränensuchten und gequälten Augen... Da schüttelte er ab, was ihn umjagen hielt...

„Wie schön das ist, daß du das gefunden hast.“ „Ja, es ist aut so.“ „Und war's dir nicht sehr schwer, dich da einuarbeiten? Das ist doch etwas, was dir künftig fern gelegen hat?“

„Ja, es ist aut so.“ „Und war's dir nicht sehr schwer, dich da einuarbeiten? Das ist doch etwas, was dir künftig fern gelegen hat?“ „Er mochte wieder eine zwecklos weite Weite.“ „Gott — alles geht — wenn's eben gehen muß —“ und lächelte, ein wenig freier jetzt, und sagte: „Mutter, nicht wahr — wenn einer erst preussischer Postulant war — dann kann er eben alles werden auf der Welt.“

„Was hast du —?“ fragte er. Sie aber schüttelte nur rasch den Kopf. „Doch, Mutter — doch — ich glaube daß ich das einmal gehört oder gelesen habe —“

„Wie schön das ist, daß du das gefunden hast.“ „Ja, es ist aut so.“ „Und war's dir nicht sehr schwer, dich da einuarbeiten? Das ist doch etwas, was dir künftig fern gelegen hat?“

„Ja, es ist aut so.“ „Und war's dir nicht sehr schwer, dich da einuarbeiten? Das ist doch etwas, was dir künftig fern gelegen hat?“ „Er mochte wieder eine zwecklos weite Weite.“

„Was hast du —?“ fragte er. Sie aber schüttelte nur rasch den Kopf. „Doch, Mutter — doch — ich glaube daß ich das einmal gehört oder gelesen habe —“

„Was hast du —?“ fragte er. Sie aber schüttelte nur rasch den Kopf. „Doch, Mutter — doch — ich glaube daß ich das einmal gehört oder gelesen habe —“

„Ich habe gewußt, daß sie kommen wird — mein Peter — sie hatte sich ja doch für heute angemeldet.“

„Wie schön das ist, daß du das gefunden hast.“ „Ja, es ist aut so.“ „Und war's dir nicht sehr schwer, dich da einuarbeiten? Das ist doch etwas, was dir künftig fern gelegen hat?“

„Wie schön das ist, daß du das gefunden hast.“ „Ja, es ist aut so.“ „Und war's dir nicht sehr schwer, dich da einuarbeiten? Das ist doch etwas, was dir künftig fern gelegen hat?“

„Wie schön das ist, daß du das gefunden hast.“ „Ja, es ist aut so.“ „Und war's dir nicht sehr schwer, dich da einuarbeiten? Das ist doch etwas, was dir künftig fern gelegen hat?“

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß nach § 1 der Regierungs-Polizeiverordnung vom 14. Februar 1920 das Betreten offener Grundstücke in der Feldgemarkung während der Zeit vom 1. Mai bis Ende August von abends 9 Uhr bis morgens 3 Uhr...

Bekanntmachung.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet im Kaiser-Wilhelm-Heim in Nastätten am Dienstag, den 9. August 1921, nachmittags 3 Uhr, für die Orte Nastätten, Buch und Delsberg statt...

Mädchen

sofort oder später gesucht. Frau Alois Braun, Singerbrück, Gustav Adolf-Str. 12

Leder-Brieftasche

mit Inhalt auf dem Wege durch Buch nach Nastätten verloren. Gegen hohe Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle des Blattes.

Einmachzucker

bei 10 Pfund 5,30 Mark bei Zentner-Abnahme billiger empficht

Wagen-Tücher

in allen Größen und guter Qualität empficht billigst

Großer Vorrat

Astern, Balsaminen, Strohblumen, Syconien, Knollen-Syconien, Geranien, Fuchien pp.

Gärtnerei E. Wölfert

Nastätten: Oberstraße. Samstag eintreffend: Weißkraut, Rotkraut, neue Kartoffeln, Gelberüben

Männer-Gesangverein „Hoffnung“ Duisburg

Dirigent: Herr Musik-Direktor Elsen-Mühlheim a. d. Ruhr. Sonntag, den 14. August 1921, von nachmittags 4 Uhr ab: Grosses Konzert in der Turnhalle zu Miehlen. Eintritt 6 Mark. Der Vereins-Vorstand.

la. Schwemmsteine

Kaminröhren 3 Stück = 1 Meter der beste und billigste Kamin. Etets auf Lager und in jeder Menge.

Dachdieselferde „Germann“

Betriebsleitung: Jörn. erhalten umsonst die Broschüre „Die Ursache des Stotterns und Beseitigung ohne Arzt und ohne Lehrer...“

Dampfärberei und chemische Reinigungsanstalt

Karl Döring, WIESBADEN. Drudenstrasse 5 Spezial-Geschäft I. Ranges Tel. 6149 u. 5270

la. Batterien

Müller'sche Buchhandlung Nastätten: Bahnhofstraße. empficht

„JWebe“ Seifen u. Seifenpulver. Alleinstufiger Fabrikant Joh. Will. Bauer. Dampf-Fabrik, Friedendiez (Lahn). Kein Ladenlokal! Keiner Detailhandel! Somit keine Schädigung für Wiederverkäufer.

la. neue holländische Vollheringe. frisch eingetroffen. Ed. Schüler, Nastätten.

Einfach-Apparate Konserven-Gläser. (eng und weit) mit la. roten Ringen sowie Selcegläser empficht zu billigsten Preisen. R. Hübel, Nastätten (an d. ev. Kirche).

Ed. Schüler, Nastätten. Kaufhaus Salomon Stern Nastätten: Hauptstraße. Gärtnerei E. Wölfert Nastätten: Oberstraße.

Kriegerverein Germania Nastätten. Die Mitglieder des Krieger-Vereins „Germania“ werden zu einer Versammlung auf Sonntag, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr, ins Vereins-Lokal „Alte Post“ eingeladen. Der Vorstand.

Fahr-Räder und Ersatzteile. empficht billigst. Erich Grewe, Caub a. Rh.

la. Speise-Eis. (Friedensqualität) abwechslungsreich: Vanille, Schokolade, Nüsse, Vanille, Aprikosen, Pfirsich. Cafe Hazel, Nastätten.